

Blickpunkt Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,

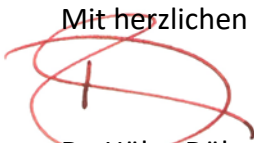
die letzte Berliner Sitzungswoche dieses Jahres hat mich persönlich wie politisch sehr bewegt. Persönlich, weil mir mit der Silbernen Stadtplakette der Stadt Würzburg eine besondere Ehre zuteilwurde. Politisch, weil das Jubiläum „35 Jahre gesamtdeutscher Bundestag“ eindrücklich vor Augen geführt hat, welch großer Gewinn die Deutsche Einheit bei allen Herausforderungen ist.

Zugleich stand die Woche im Zeichen internationaler Verantwortung. Die Gespräche zur Ukraine rund um das Brandenburger Tor markieren eine wichtige Phase der Friedensdiplomatie. Die Bündnispartner stehen geschlossen zusammen. Ziel bleibt ein gerechter Frieden, der die Souveränität der Ukraine wahrt und die europäische Sicherheitsordnung stärkt – auch wenn Russland bislang keinen ernsthaften Friedenswillen zeigt.

Mit diesem Newsletter möchte ich zum Jahresende zum Innehalten überleiten. 2025 war politisch wie gesellschaftlich fordernd und hat gezeigt, wie wichtig Verantwortung, Zusammenhalt und eine verlässliche Außen- und Sicherheitspolitik sind.

Für die bevorstehende Weihnachtszeit wünsche ich Ihnen und Ihren Familien erholsame Feiertage, Zuversicht und Kraft für das kommende Jahr.

Mit herzlichen Grüßen



Dr. Hülya Düber MdB

Persönlich berührt zum Wochenauftakt

„Ich übernehme gerne für dich die Sitzungsleitung, denn ich habe vollstes Verständnis dafür, dass du die Silberne Stadtplakette nach deinem langjährigen Engagement als Sozialreferentin der Stadt Würzburg persönlich entgegennehmen möchtest“, sagte Andreas Mattfeldt, Sprecher der Arbeitsgruppe Petitionen, als ich ihn bat, mich Anfang dieser Woche ausnahmsweise in der Sitzung zu vertreten.

Die Verleihung der Silbernen Stadtplakette berührt mich sehr und erfüllt mich mit großer Dankbarkeit. Mein herzlicher Dank gilt Oberbürgermeister Martin Heilig, dem Würzburger Stadtrat sowie meinen ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialreferat für ihr außerordentliches Engagement. Gemeinsam haben wir viel erreicht. Über Parteigrenzen hinweg konnten wir in der Sache unsere Positionen vertreten – stets getragen von gegenseitigem Respekt und konstruktiver Zusammenarbeit. Diesen Weg möchte ich auch in meiner Arbeit in Berlin konsequent fortsetzen.



35 Jahre gesamtdeutscher Bundestag

Am 20. Dezember 1990, fast auf den Tag genau vor 35 Jahren, fand die konstituierende Sitzung des ersten gesamtdeutschen Bundestages nicht in Bonn, sondern im damals noch nicht umgebauten Reichstagsgebäude in Berlin statt. Nur wenige Wochen nach der Wiedervereinigung und knapp über einem Jahr nach dem Mauerfall wurde die Deutsche Einheit in Berlin nahe der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze vollendet. Dieses Jubiläum erinnert uns daran, dass Deutsche Einheit kein abgeschlossener Zustand ist, sondern ein fortwährender Auftrag. Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie sind Errungenschaften, die wir gemeinsam verteidigen müssen – gegen Spaltung, Extremismus und Gleichgültigkeit. Der gesamtdeutsche Bundestag steht dabei in besonderer Verantwortung, Einheit zu sichern und die Zukunft unseres Landes entschlossen zu gestalten.

Die neue Grundsicherung steht

Der Weg ins Parlament ist frei: Am Mittwoch hat das Bundeskabinett die neue Grundsicherung beschlossen. Als zuständige Berichterstatterin für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist mir wichtig zu betonen, welches Ziel wir mit dieser Reform verfolgen: Unser Sozialstaat muss gerecht, wirksam und leistungsfähig bleiben.

Die neue Grundsicherung setzt stärker auf die Vermittlung in Arbeit und fordert zugleich mehr Mitwirkung und Eigenverantwortung von denjenigen, die arbeiten können. Gleichzeitig können sich Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie Familien in besonderen Härtefällen darauf verlassen, dass wir unserer verfassungsrechtlich verbürgten Fürsorgepflicht weiterhin gerecht werden.

Entscheidend ist, dass sich diese Reform in der Praxis bewährt. Wir wollen, dass die Jobcenter vor Ort künftig unbürokratischer und zielgerichteter arbeiten können. So stärken wir das Vertrauen in unseren Sozialstaat und stellen ihn nachhaltig für die Zukunft auf.

Zwischenbilanz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In den ersten acht Monaten der neuen Legislaturperiode hat die unionsgeführte Koalition entscheidende Weichen für die Zukunft Deutschlands gestellt. In einer Zeit großer geopolitischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen zeigen wir: Politik kann handeln, ordnen und Vertrauen zurückgewinnen.

Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf der **Stärkung der Wirtschaft**. Mit besseren Abschreibungsbedingungen für Investitionen, spürbaren Entlastungen bei Strom- und Gaspreisen, der Senkung der Stromsteuer für Industrie und Landwirtschaft sowie der dauerhaften Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie schaffen wir bessere Rahmenbedingungen für Wachstum und Arbeitsplätze. Unser Ziel ist klar: Deutschland muss wieder wettbewerbsfähig werden.

Auch die **Energiewende** gestalten wir realistisch und technologieoffen. Klimaschutz gelingt nur, wenn er Innovationen ermöglicht, statt sie zu verhindern, etwa durch CO₂-Abscheidung, vielfältige Antriebstechnologien und eine verlässliche Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und des Deutschlandtickets.

Mit einer **beispiellosen Infrastruktur-Offensive** modernisieren wir Straßen, Schienen und Wasserwege und beschleunigen den Wohnungsbau. Der Fokus liegt darauf, Bauprojekte schneller umzusetzen und Kommunen mehr Handlungsspielraum zu geben, damit Wohnen wieder bezahlbarer wird und Investitionen vor Ort ankommen.

In der **Migrationspolitik** haben wir einen klaren Kurswechsel vollzogen. Die irreguläre Migration wurde deutlich reduziert, Kommunen werden entlastet und Integration neu geordnet. Gleichzeitig setzen wir auf konsequente Rückführungen, klare Regeln und eine Rückkehr zu einem fairen Einbürgerungsrecht.

Wir machen zudem unsere **sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest**. Mit der neuen Grundversicherung ersetzen wir das Bürgergeld und stellen wieder das Prinzip „Fördern und Fordern“ in den Mittelpunkt. Reformen bei Rente, Pflege und Krankenversicherung, neue Anreize für längeres Arbeiten sowie der Aufbau einer Frühstartrente für Kinder sorgen für mehr Generationengerechtigkeit.

Angesichts der internationalen Sicherheitslage stärken wir die **Wehrhaftigkeit Deutschlands**. Die Bundeswehr wird besser ausgestattet, personell aufgebaut und langfristig finanziell abgesichert. Gleichzeitig übernimmt Deutschland unter Bundeskanzler Friedrich Merz wieder mehr Verantwortung in Europa und der Welt – für Sicherheit, Frieden und eine starke transatlantische Partnerschaft.

Verlässliche Rahmenbedingungen für Landwirtschaft, Investitionen und soziale Sicherung

In dieser letzten Sitzungswoche des Jahres haben wir wichtige Entscheidungen getroffen, um Planungssicherheit, Praxisnähe und Verlässlichkeit in zentralen Politikfeldern weiter zu stärken.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der Rahmenbedingungen für unsere Landwirtschaft. Mit der **Änderung des Tiergesundheits- und Tierarzneimittelgesetzes** passen wir nationales Recht konsequent an das EU-Recht an und reagieren zugleich auf das aktuell starke Geschehen der Geflügelpest. Konkret erhöhen wir rückwirkend zum Oktober 2025 den Entschädigungshöchstsatz im Tierseuchenfall von 50 auf 110 Euro pro Stück Geflügel. Das ist ein wichtiges Signal an unsere Betriebe: Wer Verantwortung übernimmt, kann sich im Krisenfall auf den Staat verlassen.

Darüber hinaus verschieben wir mit der Anpassung des Pflanzenschutzgesetzes die verpflichtende Nutzung elektronischer Aufzeichnungen für Pflanzenschutzmittel auf den 1. Januar 2027. Damit vermeiden wir unnötige Rechtsunsicherheiten und geben den Betrieben ausreichend Zeit für eine praxistaugliche Umstellung.

Auch beim **Tierhaltungskennzeichnungsgesetz** schaffen wir dringend benötigte Luft. Durch die Verschiebung des Inkrafttretens gewinnen wir Zeit, um zentrale Fragen – etwa das sogenannte Downgrading zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung sowie die Kennzeichnung ausländischer Ware – sachgerecht und praktikabel zu regeln. Mir ist dabei wichtig, dass die berufliche Praxis in die weiteren Beratungen eng eingebunden wird. Ziel bleibt ein spürbarer Bürokratieabbau, unter anderem durch die Nutzung bereits vorhandener Datenbanken statt zusätzlicher Meldepflichten.

Ein weiterer Schritt wurde zur Stärkung des Wirtschafts- und Finanzstandorts Deutschland getan. Mit dem Abschluss des **Standortfördergesetzes** verbessern wir die Rahmenbedingungen für private Investitionen deutlich. Steuerliche Impulse für Investitionen in Infrastruktur, erneuerbare Energien, kleinere Unternehmen und Start-ups sowie Maßnahmen zur Stärkung von Venture Capital erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Gleichzeitig bauen wir unnötige Bürokratie ab und stärken den Finanzplatz Deutschland insgesamt.

Zugleich treiben wir die Reform und Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme voran. Wie im Koalitionsausschuss vereinbart, wurde in dieser Woche die Rentenkommission 2026 eingesetzt. Sie setzt sich aus Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Abgeordneten zusammen und hat den klaren Auftrag, bis zum Sommer kommenden Jahres tragfähige Vorschläge für ein Rentenpaket II vorzulegen. Ziel ist es, unser Rentensystem langfristig finanzierbar, generationengerecht und verlässlich aufzustellen.

Produktsicherheit heißt Vertrauen – meine Rede im Bundestag

In der 2./3. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Produktsicherheitsgesetzes habe ich am Donnerstagabend im Deutschen Bundestag deutlich gemacht: Produktsicherheit ist weit mehr als eine technische Frage. Sie ist eine Frage des Vertrauens – des Vertrauens darauf, dass die Produkte, die wir kaufen, nutzen oder verschenken, sicher sind.

Gerade in Zeiten globaler Lieferketten, rasant wachsendem Onlinehandel und zunehmenden Billigimporten müssen sich Verbraucherinnen und Verbraucher in unserem europäischen Binnenmarkt auf verlässliche Sicherheitsstandards verlassen können. Besonders wichtig ist mir dabei der Schutz von Kindern, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Beeinträchtigungen.



Mit der vorliegenden Gesetzesänderung schaffen wir die notwendigen nationalen Voraussetzungen, um die europäische Produktsicherheitsverordnung praxistauglich umzusetzen. Unser Ziel ist ein moderner Rechtsrahmen, der zu den Produkten passt, die heute genutzt werden, und zu den Vertriebswegen, über die sie gekauft werden. Ein zentraler Schwerpunkt ist dabei die Stärkung der Marktüberwachung – auch im digitalen Raum. Viele unsichere Produkte gelangen heute über Onlineplattformen auf unseren Markt. Künftig können die zuständigen Behörden gefährliche Angebote schneller erkennen, sperren oder entfernen.

Gleichzeitig sorgen wir für klarere Herstellerpflichten. Verbindliche Risikoanalysen, vollständige technische Unterlagen sowie korrekte Kennzeichnungen und Warnhinweise in deutscher Sprache helfen, Sicherheitsrisiken frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Auch die Rückrufpraxis wird verbessert, damit Verbraucherinnen und Verbraucher bei gefährlichen Produkten schneller und zuverlässiger informiert werden.

Mir ist wichtig zu betonen: Produktsicherheit schützt nicht nur Sachwerte. Sie schützt Gesundheit, Vertrauen und Sicherheit – am Arbeitsplatz ebenso wie in den eigenen vier Wänden. Mit dieser Gesetzesänderung schaffen wir einen klaren, praktikablen und zeitgemäßen Rahmen für Produktsicherheit in Deutschland, der Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso schützt wie Betriebe und Beschäftigte.

Das vollständige Video können Sie unter folgendem Link abrufen:
<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7647042>

Rentenkommission startet Arbeit – Florian Dorn für die CSU berufen

Mein CSU-Bundestagskollege Florian Dorn wurde von der CSU-Landesgruppe in die Rentenkommission zur Weiterentwicklung der Alterssicherung berufen – herzlichen Glückwunsch! Ich bin überzeugt, dass er dort mit großer Sachkenntnis und dem Blick für die Anliegen der jüngeren wie auch der älteren Generation gute Vorschläge für eine tiefgreifende Reform unseres Systems der Altersvorsorge erarbeiten wird. Die Kommission soll bis Mitte 2026 Ergebnisse vorlegen.

Die Rentenkommission ist bewusst breit aufgestellt: Den Vorsitz übernehmen Frank-Jürgen Weise und Prof. Constanze Janda. Stellvertretende Vorsitzende aus dem Deutschen Bundestag sind Pascal Reddig (CDU), Florian Dorn (CSU) und Annika Klose (SPD).

Hinzu kommen acht wissenschaftliche Mitglieder, wie z.B. Prof. Dr. Peter Bofinger. Die Deutsche Rentenversicherung ist zudem dauerhaft als Sachverständige ohne Stimmrecht eingebunden.

Warum das so wichtig ist, liegt auf der Hand: Der demografische Wandel stellt unser Rentensystem vor enorme Herausforderungen. Für eine langfristig verlässliche Weiterentwicklung der Altersversorgung müssen alle relevanten Stellschrauben offen und ehrlich diskutiert werden – vom Renteneintritt über die Frage, wie wir den Kreis der Beitrags-

zahlerinnen und Beitragszahler stärken, bis hin zu Wachstum und Beschäftigung als Grundlage tragfähiger Sozialsysteme.

Klar ist für mich dabei: Alle Menschen müssen sich weiterhin auf die gesetzliche Rente verlassen können. Altersarmut dürfen wir niemals akzeptieren. Es darf nicht sein, dass Frauen, die ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben, am Ende zur Tafel gehen müssen, weil die Rente nicht zum Leben reicht. Genau darum geht es: Generationenfairness und soziale Sicherheit zusammenzudenken und Lösungen zu erarbeiten, die dauerhaft tragen.

Bund fördert Kultur

Das Mozartfest Würzburg im Rahmen des *tuned-Netzwerks* für zeitgenössische Klassik, das Projekt „Konkret Global“ im Kulturspeicher Würzburg sowie „Dritte Orte für Würzburg – individuelle Lösungen für Stadtteile und die Zentralbibliothek der Stadt Würzburg profitieren von einer Förderung durch die Kulturstiftung des Bundes. Die Stiftung unterstützt jährlich mit rund 35 Millionen Euro Bundesmitteln zahlreiche nicht-kommerzielle Kunst- und Kulturprojekte in ganz Deutschland – von Bildender und Darstellender Kunst über Literatur bis hin zu Musik.

Im Rahmen der allgemeinen Projektförderung ist ein Eigen- oder Drittmittelanteil von 20 Prozent der Gesamtkosten vorgesehen. Kulturelles Leben in Stadt und Landkreis Würzburg stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt – Kulturförderung ist Demokratieförderung. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn sich erneut Kulturschaffende aus Stadt und Landkreis Würzburg bewerben. Die nächsten Antragsfristen sind der 31. Januar 2026 und der 31. Juli 2026. Weitere Informationen finden Sie unter www.kulturstiftung-des-bundes.de